

«Nicht materielle Werte werden wichtiger»

Welche Rezepte die FDP für die Zukunft hat, wie sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern will und welches Fazit er aus seinen zwei Jahren als Parteipräsident zieht, erklärt Philipp Müller im Interview.

VON VANESSA BUFF

Herr Müller, die FDP musste mit der Abzocker-Initiative und der Masseneinwanderungs-Initiative in den vergangenen Monaten zwei wichtige Geschäfte verloren geben. Nun kämpfen Sie gegen den Mindestlohn – werden Sie dieses Mal gewinnen?

Philipp Müller: Im Unterschied zu den genannten Initiativen sind die Voraussetzungen dieses Mal anders: Die Linken sind dafür, die Parteien der Mitte und der Rechten sind dagegen. Die Fronten sind klar abgesteckt.

Warum muss die Mindestlohn-Initiative aus Ihrer Sicht abgelehnt werden?

Müller: Es gibt drei zentrale Argumente. Erstens ist der geforderte Mindestlohn von 4000 Franken viel höher als in allen umliegenden Ländern; das würde eine enorme Sogwirkung bei der Einwanderung entfalten. Zweitens können Sie sich mit 4000 Franken im Jura viel mehr leisten als beispielsweise in der Stadt Zürich – Gerechtigkeit wird also nicht geschaffen. Und ein drittes Argument: Warum sollte ein junger Mensch noch eine Ausbildung machen, wenn er auch ohne 4000 Franken verdient? Es besteht die Gefahr, dass die Lehrlinge keine Ausbildung mehr machen und die Unternehmen diesen Einsteigern keine Chance mehr geben. Das wäre fatal.

Bei den angesprochenen zwei Initiativen wurde auch argumentiert, dass sie der Wirtschaft schaden oder Arbeitsplätze gefährden. Trotzdem hat das Stimmvolk sie angenommen.

Müller: Man muss unterscheiden: Bei der Abzocker-Initiative ging es um eine Stärkung der Aktionärsrechte, es ging aber nicht um einen Eingriff des Staates in die freie Lohngestaltung. Bei der Masseneinwanderungs-Initiative wiederum hat sich der Unmut der Bevölkerung gegen gewisse Missstände kumuliert. Viele wollten einfach ein Zeichen setzen. Dass Missstände da sind, das hat die FDP immer gesagt. Und wir haben auch Rezepte dagegen – Rezepte, die keinen Kollateralschaden verursa-



Philipp Müller (rechts) zusammen mit dem ehemaligen Schaffhauser Ständerat Peter Briner. Im Hintergrund der Schaffhauser FDP-Chef Harald Jenny. Bild Selwyn Hoffmann

chen, wie es nun am 9. Februar geschehen ist.

Der FDP ist es aber trotzdem nicht gelungen, das Stimmvolk davon zu überzeugen.

Müller: Das stimmt. Leider wurden unsere Warnungen nicht gehört – nun sind sie eingetreten. Das Unbehagen hat jedoch echte Ursachen: Es kommen zu viele Menschen in unser Land. Von den 154500 Personen, die im Jahr 2013 in die Schweiz eingewandert sind, ist beispielsweise nur die Hälfte wegen der Arbeit gekommen. Dort müssen wir den Hebel ansetzen.

Sie argumentieren gerne mit Zahlen, eine Tatsache, die man auch beim Lesen des FDP-Jahresberichts feststellt. Wo bleiben da die Emotionen?

Müller: Es gibt nun mal gewisse Fakten, die man einfach erwähnen muss. Das heisst aber nicht, dass wir nicht mit Herzblut politisieren!

Bei den angesprochenen Initiativen hat nicht nur die FDP verloren, auch Bundesrat und Parlament standen

auf der Verliererseite. Ähnliches stellte man bei der Minarett-Initiative fest, bei der Verwahrungs- und der Zweitwohnungs-Initiative. Ist Bundesbern zu weit weg vom Volk?

Müller: Früher hatte es tatsächlich Tradition, dass das Volk grundsätzlich der Mehrheit des Parlaments gefolgt ist. Heute ist das nicht mehr automatisch der Fall. Zudem stelle ich fest, dass die Bevölkerung Lebensqualität anders definiert als früher. Es geht nicht mehr einfach nur um «schneller, besser, mehr». Nicht materielle Werte werden wichtiger, die Natur beispielsweise. Eine grüne Wiese ist nun mal schöner als eine zubetonierte, was unter anderem den Erfolg der Zweitwohnungs-Initiative erklärt.

Und Bundesbern hat das noch nicht verstanden ...?

Müller: Das ist ganz klar so, es gibt immer noch Leute, die politisieren wie in den 1950er-Jahren. Aber immer nur in den Rückspiegel zu schauen, bringt uns nicht weiter. Unsere Wirtschaft ist global vernetzt, und damit gelten auch globale Spielregeln. Andererseits wis-

sen wir heute aber auch, dass wir mit unseren Ressourcen sorgsam umgehen müssen. Das war übrigens auch eines der deutlichsten Signale, die ich erhalten habe, seit ich Parteipräsident bin: Die FDP soll ökologischer werden, darauf legen besonders die Frauen grossen Wert.

Ein gutes Stichwort: Die FDP Frauen scheinen nicht immer auf der gleichen Linie wie der Rest der Partei zu sein. Ein Beispiel ist die letztjährige Abstimmung zum Familienartikel, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern wollte.

Müller: Den haben wir abgelehnt ...

... aber die FDP Frauen wollten ihn annehmen.

Müller: Ja, und das ist ihr privilegiertes Recht! Die Präsidentin der FDP Frauen, Carmen Walker Späh, hat an der DV zu Recht betont, dass in der Schweiz zum Beispiel noch keine Lohngleichheit herrsche. Das muss sich ändern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist doch selbstverständlich! Oder wollen die Unternehmen, dass irgendwann eine Lohnpolizei bei ihnen vorbeikommt und ihnen das aufzwingt? Die Hürden, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie verhindern, müssen weg.

Und wie?

Müller: Die FDP hat neu einen Beauftragten für dieses Thema. Dieser Mann macht nichts anderes, als alle Kantone abzuklappern und zu schauen, wo es jeweils Handlungsbedarf gibt. Nur so kann es funktionieren – von der Basis her. Aber das Parlament kann die Kantone und Gemeinden nicht zwingen, hier tätig zu werden. Das funktioniert nicht, und darum haben wir auch den Familienartikel abgelehnt.

Konkret: Was sind die Mittel der FDP, um die genannten Hürden abzubauen?

Müller: Die Kinderbetreuungsabzüge müssen beispielsweise erhöht werden. Eine Mutter, die wieder in den Beruf einsteigt, zahlt heute viel zu viel für eine Kinderkrippe oder eine Nanny. Und weil sie selber noch verdient, kommt sie plötzlich in eine höhere Steuerprogression. Am Ende hat sie dann zwar gearbeitet, aber bekommt nicht mehr Geld – das kann doch nicht sein! Hinzu kommt, dass die ganze Thematik um Kinderbetreuung zunehmend verbürokratisiert wird. Wenn Sie heute eine Krippe aufmachen wollen, müssen sie dafür unglaublich viele Be-

dingungen erfüllen. Das darf nicht sein – wir brauchen genügend Krippen und dürfen private Initiativen dazu nicht im Keim ersticken.

Das nächste Jahr ist nun wieder ein Wahljahr. Was sind Ihre Ziele?

Müller: Stillstand kommt für uns nicht infrage, wir wollen ganz klar zulegen. Ich bin optimistisch, dass wir das auch schaffen. Wir sind eine lebendige Partei, die gerne politisiert – ich denke, dass unsere Wähler das merken.

Sie haben an der DV schon gesagt, die Linken seien nicht mehr so stark, dass sie Sie noch beiessen könnten.

Ganz schön hoch gepokert, oder nicht?

Müller: Nein, das ist nicht hoch gepokert! Das links-grüne Lager hat schiefe Vorstellungen davon, wie sich unsere Schweiz entwickeln soll. Wir

«Der geforderte Mindestlohn von 4000 Franken ist viel höher als in allen umliegenden Ländern und würde eine enorme Sogwirkung entfalten»

Liberalen wollen, dass der Mensch sich frei entfalten und seine eigenen Entscheidungen treffen kann. Wir Liberalen sind zugleich für einen funktionierenden Staat. Doch wir wollen einen schlanken Staat, der dann einspringt, wenn jemand sich nicht mehr selber helfen kann. Nicht einen aufgeblähten Staat, der nicht mehr finanzierbar ist und darum auch nicht mehr helfen kann, wenn es wirklich nötig ist. Das ist der Unterschied.

Sie sind nun seit zwei Jahren Parteipräsident. Wie fällt Ihre persönliche Bilanz aus?

Müller: Es ist uns gelungen, die innere Mobilisierung stark zu verbessern; ich habe noch nie gesehen, dass man für eine Delegiertenversammlung anstehen musste. Das war heute in Schaffhausen so, und das freut mich ungemessen.

Zur Person Parteichef Philipp Müller

Werdegang Philipp Müller (Jahrgang 1952) absolvierte eine Lehre als Gipser/Stuckateur. Später übernahm er das elterliche Gipsergeschäft und baute es zu einer Generalbauunternehmung um.

Politik Von 1997 bis 2004 war Müller Mitglied des Aargauer Grossrats. Seit 2003 sitzt er im Nationalrat und ist unter anderem Mitglied der Staatspolitischen Kommission. 2012 wurde er Parteipräsident der FDP Schweiz.